



Konzessionsansuchen

zur Ausübung der gewerbsmäßigen Beförderung von Personen mit Omnibussen und Geschäftsführergenehmigung

Familienname		Familienname (zur Zeit der Geburt)	
Vorname(n) Akad. Grad, Bez.		Staatsangehörigkeit Geschlecht	
Geburtsdatum, Geburtsort		Sozialversicherungs-Nr.	
Wohnsitz (Postleitzahl, Gemeinde, Straße, Hausnummer)			
Telefonisch erreichbar (Vorwahl, Telefonnummer)		E-mail	

Ich beantrage die Erteilung der Konzession zur Ausübung der gewerbsmäßigen Beförderung von Personen mit Omnibussen
(Anzahl)
für das *Ausflugswagengewerbe / *Mietwagengewerbe
(* Nichtzutreffendes streichen)

im Standort: Straße, Hausnummer (Büroadresse)	Postleitzahl, Ort
---	-------------------

Gleichzeitig ersuche ich um Genehmigung der Bestellung unten angeführter Person zum gewerberechtl. Geschäftsführer

Familienname		Familienname (zur Zeit der Geburt)	
Vorname(n) Akad. Grad, Bez.		Staatsangehörigkeit Geschlecht	
Geburtsdatum, Geburtsort		Sozialversicherungs-Nr. Dienstgeberkonto-Nr.	
Wohnsitz (Postleitzahl, Gemeinde, Straße, Nr)		Telefonisch erreichbar (Vorwahl, Telefonnummer)	

Gleichzeitig wird um Bestellung des Gewerbeinhabers
 gewerberechtl. Geschäftsführers als Verkehrsleiter ersucht.

Rechtsmittelverzicht:

Wenn den der Entscheidung zugrundeliegenden Anträgen vollinhaltlich Rechnung getragen wird und demzufolge § 58 Abs. 2 Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 zur Anwendung kommt, wird auf das Rechtsmittel der Beschwerde an das Landesverwaltungsgericht verzichtet.

Datum:	Unterschrift:
---------------	----------------------

Beilagen

- Amtlicher Lichtbildausweis (Reisepass oder Personalausweis)
- Nachweis akademischer Grade und Standesbezeichnungen (nicht erforderlich wenn bereits im ZMR)
- Aufenthaltstitel (nur erforderlich für Staatenlose oder Nicht EU/EWR-Bürger)
- Wohnsitznachweis bzw. Meldebestätigung (nicht erforderlich bei aufrechtem Wohnsitz in Österreich)
- Erklärung über das Nichtvorliegen von Gewerbeausschließungsgründen
- Ausländische Strafregisterbescheinigung (nur erforderlich, wenn Hauptwohnsitz nicht länger als 5 Jahre in Österreich besteht; nicht älter als 3 Monate und im Original, ggf. mit deutscher Übersetzung)
- Nachweis über Omnibus-Abstellplätze (Erläuterung siehe unten)
- Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit (Erläuterung siehe unten)

gewerberechtlicher Geschäftsführer

- Amtlicher Lichtbildausweis (Reisepass oder Personalausweis)
- Nachweis akademischer Grade und Standesbezeichnungen (nicht erforderlich wenn bereits im ZMR)
- Aufenthaltstitel (nur erforderlich für Staatenlose oder Nicht EU/EWR-Bürger)
- Wohnsitznachweis bzw. Meldebestätigung (nicht erforderlich bei aufrechtem Wohnsitz in Österreich)
- Erklärung über das Nichtvorliegen von Gewerbeausschließungsgründen
- Ausländische Strafregisterbescheinigung (nur erforderlich, wenn Hauptwohnsitz nicht länger als 5 Jahre in Österreich besteht; nicht älter als 3 Monate und im Original, ggf. mit deutscher Übersetzung)
- Fachliche Befähigung (Befähigungsnachweis)
 - Zeugnis über die erfolgreich abgelegte Befähigungsprüfung
 - Nachsichtsbescheid
- Anmeldung Sozialversicherung
- Erklärung über die interne Bestellung des gewerberechtlichen Geschäftsführers und Nachweis der Anordnungsbefugnis (form19)

Die Beilagen sind im Original
 gerichtlich oder notariell beglaubigt angeschlossen.

Diesem Antrag sind _____ Beilagen angeschlossen.

Erläuterungen zu den Beilagen

- **Nachweis für Omnibus-Abstellplätze**
(Betriebsanlagengenehmigungsbescheid ausdrücklich für Omnibus-Abstellplätze)
Abstellplätze für Omnibusse sind gemäß den §§ 74 ff Gewerbeordnung 1994 genehmigungspflichtige Betriebsanlagen. Im Verfahren zur Erteilung einer Konzession im Gelegenheitsverkehrsgesetz ist daher ein der beantragten Fahrzeuganzahl entsprechender **Betriebsanlagengenehmigungsbescheid** der zuständigen Bezirkshauptmannschaft vorzulegen.
- **Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit (siehe beiliegendes Gutachten)**
(Bankbestätigung, Bestätigung des Steuerberaters)
Gemäß § 2 Abs. 2 Z. 1 Berufszugangsverordnung Personenkraftverkehr, BGBl. Nr. 889/1994, muss das Unternehmen jedenfalls über Eigenkapital und un versteuerte Rücklagen verfügen die sich für den Personenkraftverkehr auf mindestens 9000 Euro für das erste und auf mindestens 5000 Euro für jedes weitere Fahrzeug belaufen.

Gemäß § 2 Abs. 3 Berufszugangsverordnung Personenkraftverkehr, BGBl. Nr. 889/1994, ist die finanzielle Leistungsfähigkeit für den Personenkraftverkehr durch Vorlage eines Gutachtens einer Bank oder eines anderen befähigten Kreditinstitutes, eines Steuerberaters, Wirtschaftstreuhanders oder Wirtschaftsprüfers nachzuweisen. Für das Gutachten ist das Formblatt gemäß **Anlage 10** zu verwenden. Wenn sich aus dem Gutachten ergibt, dass kein ausreichendes Eigenkapital vorhanden ist, kann der Fehlbetrag durch eine Haftungs- oder Garantieerklärung von ausreichend solventen Dritten ersetzt werden.

Hinweise zum Datenschutz

Zur Bearbeitung Ihres Anliegens bzw. zur Durchführung des Verfahrens werden personenbezogene Daten verarbeitet. Informationen zur Datenverarbeitung und Ihren Rechten finden Sie unter:

<https://www.tirol.gv.at/buergerservice/datenschutz/>